



## Auf ein Wort

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

die Sommerpause ist vorbei und mit ihr das Wahljahr 2014. Die Landtagswahl in Thüringen endete für DIE LINKE mit einem großartigen Erfolg und der Chance auf einen rot-rot-grünen Politikwechsel. Hier danke ich all unseren Unterstützerinnen und Unterstützern! Doch die Freude wird überschattet von einem deutlichen Dämpfer in Brandenburg, der niedrigen Wahlbeteiligung und dem erneuten Erfolg rechtspopulistischer Parteien.

Umso ernster nehmen wir den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler, mit einer Politik, die die Bevölkerungsmehrheit in den Mittelpunkt stellt, die Schief lagen in diesem Lande anzugehen. Im vorliegenden Rundbrief geht es unter anderem um die riesige Investitionslücke in der öffentlichen Infrastruktur und in der Privatwirtschaft, um die mit dem Digitalen Wandel einhergehenden Risiken und den zunehmenden Arbeitsstress. Eine angenehme Lektüre wünscht

Euer

## SCHWERPUNKT Zerfallende Infrastruktur und Nullverschuldung

**Wir haben es in Deutschland und Europa mit einer massiven Nachfrageschwäche zu tun. Auch die OECD, der Internationale Währungsfonds und EZB-Präsident Mario Draghi haben dies zu bedenken gegeben.**

Was heißt das? Investitionen bleiben aus, denn Unternehmen investieren nur, wenn sie damit rechnen, dass sie die zusätzlich produzierten Güter auch verkaufen können. 1991 haben Unternehmen der Realwirtschaft wie SKF, Siemens oder Amthor fast die Hälfte der Unternehmensgewinne investiert, im letzten Jahr nur noch magere vier Prozent. Die Bundesregierung diesen Trend verstärkt: Im Rahmen ihrer Sparpolitik hat sie die staatlichen Investitionen runtergefahren. Seit 2003 liegen die Abschreibungen über den Investitionen, Substanzverzehr findet statt.

Gegenmittel wäre zum einen eine kräftige Erhöhung der Realeinkommen bei Beschäftigten und RentnerInnen, zum anderen ein öffentliches Investitionsprogramm – zum Wohl der künftigen Generationen. Auch das europäische Ausland braucht dringend Impulse für die Konjunktur. Dieses könnte über höhere Steuereinnahmen bei jenen, denen es nicht wehtut, sozial gerecht finanziert werden. Die oberen zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über zwei Drittel des privaten Vermögens.



Auch Gabriel sieht einen der Gründe für die zerfallende Infrastruktur darin, dass die Kommunen die Städte und Gemeinden, finanziell ausgeblutet sind. Doch sinnvolle Steuererhöhungen? Pustekuchen! Die SPD hat dieses Wahlversprechen in den Koalitionsverhandlungen als erstes fallen gelassen. Und mit der Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz hat sich die Bundesregierung selbst den Spielraum verbaut, ausreichend Geld zu leihen.

Stattdessen feiert Schwarz-Rot die schwarze Null. Kompletter Unfug, wenn der Staat das Geld für Investitionen zu null Prozent Zinsen bekommt und damit Steuereinnahmen generieren kann. Die Bun-

desregierung will im Gegensatz dazu die teuerste Art der Investitionsfinanzierung: Privates Kapital soll in die öffentliche Infrastruktur gelenkt werden. Private Straßen und hohe Gebühren für die öffentliche Hand oder die Nutzer wären die Folge. Der Bundesrechnungshof hat nachgewiesen, dass die Kosten des privat finanzierten Straßenbaus 30 Prozent über dem Preis öffentlicher Träger lagen. Die Finanz- und Versicherungsbranche wird sich zweifellos über dieses Milliarden Geschenk freuen. In der aktuellen Niedrigzinsphase ist sie auf der Suche nach rentablen und sicheren Anlagemöglichkeiten. Der Leidtragende ist dann wieder mal der Steuerzahler. ◀

SCHUTZ VOR BURN-OUT  
MUSS ENDLICH KOMMEN

SOLIDARITÄT MIT DEN  
OSRAM-BESCHÄFTIGTEN

### Digitaler Wandel als Herausforderungen an die gute Arbeit der Zukunft

Die Digitalisierung erobert immer mehr Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft. Dies ist nicht grundsätzlich negativ, für die selbstbestimmte Lebensgestaltung bietet es auch Chancen. Doch zeigt die Erfahrung, dass sich neue Formen von Arbeit ohne vorausschauende politische Regulierungen meistens zum Nachteil der Beschäftigten auswirken. Die Probleme zeichnen sich bereits ab. Beim „Crowdsourcing“ werden Projekte von Unternehmen in Teilaufgaben zerstückelt, über Online-Plattformen ausgeschrieben und von einer Vielzahl quasi-anonymer Beschäftigter abgearbeitet. „Share Economy“-Plattformen und -Apps wiederum ermöglichen jedem selbst, überall und jederzeit im Internet zum Anbieter zu werden: mit Second-Hand-Kleidung, als Personenbeförderung oder durch die Vermietung von Ferienwohnraum. Statt Arbeitsverträgen gibt es AGBs, oft mit höchst fragwürdigen Klauseln. Unternehmen verlagern mit diesen Modellen nicht nur ihr unternehmerisches Risiko, sondern auch die Verantwortung für Arbeitsschutz und soziale Sicherung vollständig auf die Beschäftigten aus. Diese bewegen sich dann ohne soziale Absicherung oder Mitbestimmungsrechte in prekären Formen von Mikro-Unternehmertum und Solo-Selbstständigkeit. Diesen Risiken des Digitalen Wandels muss präventiv entgegensteuert werden.

## ARBEIT Stress und Burnout in der Arbeitswelt nehmen zu

Laut einer Kleinen Anfrage von uns hat sich die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage auf Grund „psychischer Verhaltensstörungen“ (die Fachbezeichnung unter die alle bekannten Burnout-Symptome fallen) seit dem Jahr 2001 nahezu verdreifacht.

Zunehmender Leistungs- und Wettbewerbsdruck, flexible und lange Arbeitszeiten bis ins Wochenende hinein, ständige Informationsflut und Rufbereitschaft, immer größere Eigenverantwortung bei gleichzeitiger Beschleunigung und subjektiver Abnahme der Beeinflussbarkeit von Prozessen - dies alles führt seit Jahren zu einer erschreckenden Zunahme von Stress und Burnout in Arbeitswelt.

Überdurchschnittlich oft sind Frauen und weiblich geprägte Branchen von



körperlicher und emotionaler Erschöpfung betroffen. Doch auch in den Logistik- und Fertigungsberufen, im Baugewerbe und auch in der Wissenschaft fordert der Wettbewerbsdruck verbunden mit ständiger Verfügbarkeit, Überstunden, Wochenendarbeit und Schichtarbeit seinen Tribut. Die Arbeitswelt beschleunigt und enthumanisiert sich gleichermaßen. Die Last tragen die

Beschäftigten, denn es fehlen in diesem Bereich verbindliche und handhabbare Vorschriften. Doch trotz der alarmierenden Zahlen bleibt die Bundesregierung vage: Irgendwann soll es ein Art Anti-Stress-Verordnung geben. Das reicht nicht! Präventive Maßnahmen gegen Stress am Arbeitsplatz braucht es umfangreicher und dringender denn je. ◀

## SCHIEDSVERFAHREN Konzernklagerechte versus Demokratie

**Der Vertragstext des Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) enthält Investor-Staat Klagerechte. Die EU-Kommission preist die verbesserten Transparenzregeln und engeren Definitionen. Doch Problem bleibt die dahinterliegende Logik.**

Konzernklagerechte machen demokratische Entscheidungen angreifbar, die Rechtsprechung wird in Hinterzimmer verlagert. Sehr eindrücklich führt dies die Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall gegen die Bundesregierung vor Augen: Im Juni 2011 hat die Bundesregierung den stufenweisen Atomausstieg be-

schlossen. Im Zuge dessen musste Vattenfall seine beiden Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel vom Netz nehmen. Im Mai 2012 verkündete der schwedische Energiekonzern, auf Grundlage des Energiecharta-Vertrages auf Schadensersatz zu klagen. Nicht vor einem ordentlichen Gericht sondern vor einem geheim tagenden internationalen Schiedsgericht.

Selbst der genaue Klageinhalt ist geheim: Weder Schiedsspruch, Verfahrensverlauf noch Klageschrift werden bei ICSID-Verfahren veröffentlicht werden, welches bei dieser Klage den organisatorisch-institutionellen und ver-

fahrensrechtlichen Rahmen darstellt. Fachjuristen vermuten, dass Vattenfall seine Klage auf den Schutz von (indirekter) Enteignung und auf die Pflicht zur fairen und gerechten Behandlung abstellt. Laut Presseberichten verlangt es eine Entschädigung von rund 3,7 Mrd. Euro. Am Ende werden drei private Schiedsrichter vor einem ad hoc-Tribunal darüber befinden, Revisionsmöglichkeiten gibt es keine.

Was wir brauchen, sind keine angeblich „besseren“ Investor Staat-Klagerechte, sondern eine Abkehr von dieser Logik! Südafrika, Australien und Brasilien machen es bereits vor. ◀

## BAYERN Solidarität mit den OSRAM-Beschäftigten

Bei OSRAM in Deutschland sollen 1700 Stellen wegfallen - allein 400 in Augsburg und Schwabmünchen sowie 300 in Eichstätt. Den betroffenen Beschäftigten sichern die Augsburger und die bayerische LINKE ihre Solidarität zu.

Tim Lubecki, Mitglied im Landesvorstand und Geschäftsführer NGG Schwaben, fordert mehr Mitbestimmung für Betriebsräte - auch bei wirtschaftlichen Fragen: „Die Geschäftsleitung bei OSRAM hat die technologische Entwicklung schlicht verschlafen. Betriebsrat und Gewerk-

schaft kritisieren das seit Jahren. Aber Betriebsräten fehlen hierzulande wirksame Mitbestimmungs-, Kontroll- und Vetorechte um Fehlentscheidungen der Unternehmensleitung zu korrigieren. Die Folgen können für die Beschäftigten dramatisch sein, wie das Beispiel OSRAM zeigt. Deswegen brauchen wir mehr Mitbestimmung in den Betrieben - auch bei wirtschaftlichen Fragen.“

Lubecki weiter: „Die Konkurrenz von OSRAM schläft nicht. Im Kapitalismus ist es unternehmeri-

sche Freiheit, Arbeitsplätze zu vernichten. Für die Betroffenen in Augsburg, Schwabmünchen und anderswo ist es eine Katastrophe. Den Leuten droht oftmals schlechtbezahlte Leiharbeit oder Hartz IV.“ Deshalb fordert DIE LINKE ein Verbot von Leiharbeit und die Abschaffung von Hartz IV. Lubecki: „Statt Hartz IV brauchen wir dringend eine echte Mindestsicherung, die vor Armut schützt. Dann müssen die Menschen die Fehler des Managements nicht doppelt und dreifach ausbaden.“ ◀



## BAYERN Situation der Unterbringung von Flüchtlingen

**Nachdem die bayerische Staatsregierung von allen Seiten unter Druck gesetzt wurde, die ankommenden Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen, ist das Ergebnis ernüchternd.**

Seit Jahren steigen die Asylbewerberzahlen. Ein Ende von Krieg und Unterdrückung in den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge - Syrien, Somalia, Eritrea und Afghanistan - ist nicht absehbar. Darauf hätte schon viel früher mit dem Ausbau von Aufnahmekapazitäten reagiert werden müssen.

Auf diese komplexe Problemlage mit der Forderung

nach verschärfter Abschiebepolitik zu reagieren, ist realitätsblind und getragen von ideologischen Abwehrreflexen gegen Flüchtlinge. Dieser Politik erteilt DIE LINKE. Bayern eine klare Absage.

Die europäische Flüchtlingspolitik ist durch die Drittstaatenregelung so organisiert, dass die nördlichen Länder wie Deutschland eine nur sehr geringe Last bei der Flüchtlingsunterbringung tragen müssen, da sie von sogenannten sicheren Drittstaaten umgeben sind und die meisten Flüchtlinge in diese abschieben können. Die südlichen Länder wie

Italien tragen dagegen die Hauptlast, werden aber von der EU dabei kaum unterstützt und sind völlig überfordert.

Gerade die CSU ist in Deutschland die treibende Kraft, die weitere Länder in Osteuropa als sicher erklären will, um sich der für sie lästigen humanitären Hilfe noch besser entziehen zu können. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen ist ein weiterer Schritt zur noch stärkeren Abschottung. Das löst keines der systematischen Probleme. Für DIE LINKE. steht dagegen die Hilfe für die Flüchtlinge im Vordergrund. ◀

## Folgen von TTIP und CETA für die Kommunen

Die beiden Freihandelsabkommen TTIP und CETA sind hauptsächlich wegen der geplanten Konzernklagerechte und der zu befürchtenden Aufweichung von Standards in der Kritik. Die angedachten Vereinbarungen gefährden aber auch den politischen Gestaltungsspielraum der Bundesländer und Kommunen und erleichtern Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen. Man denke an die vielfältigen Aufgaben von Bundesländern und Kommunen, die von Bildung über Gesundheit zu Kultur bzw. von der Wasserver- und entsorgung über Energieversorgung und Krankenhäusern reichen. Hier überall können TTIP und CETA greifen. So vereinfachen die Vergaberegeln den Zugang privater Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen - sozial-ökologische Reformen werden so erschwert. Auch kommunale Ausgleichszahlungen können zum Problem werden. Schon jetzt klagen private Anbieter wie die großen Klinikketten gegen diese Subventionen - mit CETA und TTIP wird es noch einfacher. „Maßnahmen etwa zur Beschränkung von Gewerbeansiedlungen, zum Schutz vor Verdrängungskonkurrenz, zum Erhalt von Sparkassen oder zum Mieterschutz könnten unter Druck geraten“, heißt es in einer Kurzstudie im Auftrag von campact mit Blick auf die Marktzugangs-, Nichtdiskriminierungs- und Investitionsschutzregeln. Allen Kommunen sei damit angeraten, dem Beispiel etwa des Kreisverbandes Roth des Bayerischen Gemeindetages zu folgen, welche einen Beschluss gegen TTIP und CETA verabschiedet haben.



## Klaus Ernst vor Ort:

**2.-4. Oktober, Hannover**  
Streikkonferenz „Gemeinsam Strategien entwickeln. Konflikte führen. Beteiligung organisieren.“ im Kulturzentrum Pavillon, Lister Miele 4

**4. Oktober, Nürnberg**  
**Aufsessplatz, 12 Uhr**  
Demonstration des Sozialforums Nürnberg gegen die EU-Krisenpolitik

**11. Oktober, Ulm**  
Europaweiter, dezentraler Aktionstag gegen TTIP, CETA, TiSA und die Freihandelsagenda. Rede von Klaus Ernst ab 14.00 Uhr.

**11. Oktober, Bayern**  
weitere Veranstaltungsorte in Bayern zum Aktionstag sind: **Rosenheim** (Max-Josefs-Platz 7, 10-15 Uhr), **Wasserburg am Inn** (Hof-

statt 3-5, 11-17 Uhr, **München** (Am Rindermarkt, ab 12 Uhr), **Augsburg** (Martin-Luther-Platz; ab 14 Uhr), **Nürnberg** (Innenstadt, ab 10 Uhr), **Erlangen** (Nürnbergger Str. 2-4, 11-14 Uhr), **Bamberg** (ab 11h), **Würzburg** (Marina Hafenbar, ab 18 Uhr)

**17. Oktober, Rödental**  
**ab 17h**

Rede von Klaus Ernst zur Jubilar-Ehrung für 440 Jubilare, veranstaltet von der IG Metall Coburg, Stöwer Casino, Oeslauer Str. 35



[www.Klaus-Ernst-MdB.de](http://www.Klaus-Ernst-MdB.de)



**NEU:**

Die Homepage von Klaus Ernst optimiert für mobiles Surfen. Einfach den QR-Code scannen und unterwegs immer informiert sein.

## NEUES IM INTERNET

### Presse, Reden, Parlamentarisches

In einer **Pressemitteilung** empört sich Klaus Ernst über die Ablehnung der Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP durch die EU-Kommission.

Die Antwort auf unsere **Kleine Anfrage zu psychischen Belastungen in der Arbeitswelt** zeigte auf, dass psychische Erkrankungen in den vergangenen Jahren drastisch zugenommen haben und nun auf hohem Niveau verharren.

Ein Artikel im **Neuen Deutschland** zu unserer **Kleinen Anfrage zur Entwicklung der Leiharbeit** kommentiert den ungebrochen hohen Stellenwert der Leiharbeit auf dem Arbeitsmarkt trotz leicht rückläufiger Zahl der Leiharbeiter.

In der **Plenardebatte** zur **Großen Anfrage der Linksfraktion zu TTIP** warnte Klaus Ernst vor einem Abschluss des CETA-Abkommens.

Mit einem **Antrag** sollte die SPD dazu gebracht werden, Farbe zu bekennen

und die auf ihrem Parteikonvent festgelegten Mindestbedingungen zu CETA und TTIP parlamentarisch zu bestätigen.

An diesen Mindestbedingungen gemessen muss der vorliegende **CETA-Vertragstext konsequenterweise zurückgewiesen** werden.

In der **Haushaltdebatte** zum Bereich Wirtschaft wundert sich Klaus Ernst darüber, wie die Große Koalition die schwarze Null als Riesenerfolg feiern kann angesichts der zerfallenden Infrastruktur.

Klaus Ernst fordert eine stärkere **Kontrolle der SCHUFA**.

Die LINKE fordert die Bundesregierung auf, den finalisierten Vertragstext des **CETA-Abkommens** mit Kanada sofort nach Erhalt dem Parlament und der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

#### Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

#### Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de  
Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst@wk.bundestag.de  
Coburg: 09561 - 7959203, Klaus.Ernst@wk2.bundestag.de

Internet [www.Klaus-Ernst-MdB.de](http://www.Klaus-Ernst-MdB.de)

Facebook [www.facebook.com/mdb.klaus.ernst](https://www.facebook.com/mdb.klaus.ernst)

Twitter [www.twitter.com/ernst\\_klaus](https://www.twitter.com/ernst_klaus)

**Klaus Ernst** aktuell erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.